

XXIII. GP.-NR**223 /J****08. Jan. 2007****Anfrage**

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend „Bekämpfung von Spam-Mails“**

Spam-Mails stellen weltweit weiterhin ein ungelöstes Problem für Unternehmen wie auch für KonsumentInnen dar. Im Vergleich zum Jahr 2005 hat sich das Spam-Aufkommen im E-Mail-Verkehr verdoppelt. Das berichtete die amerikanische „New York Times“ online und beruft sich dabei auf die IT-Sicherheitsfirma „Ironport“.

Mehr als 90 Prozent der weltweit versandten E-Mails sollen demnach unerwünschte Post sein. Die meisten Spam-Filter schaffen es nicht, alle ungewollten Mails herauszufiltern, da die Absender gängige Filter-Techniken umgehen. Ein Großteil der unerwünschten Mails ist so genannter Bilder-Spam. Text wird dabei durch Bild-Dateien ersetzt, auf Texterkennung basierende Spam-Filter sind dagegen wirkungslos. Spammer und die Hersteller von Anti-Spam-Software liefern sich ein unendliches Katz-und-Maus-Spiel. Spam-Filter werden regelmäßig ausgetrickst.

International wird zunehmend daher ein schärferes - juristisches - Vorgehen gegen Spammer und den profitierenden Unternehmen gefordert. Auch Europa leidet immer mehr unter illegalen Online-Aktivitäten aus EU-Mitgliedsstaaten und Drittländern, obwohl geltende EU-Vorschriften Spam verbieten. Zu diesem Fazit kam die EU-Kommission Ende 2006 in einer Mitteilung, in der sie die Regulierungsbehörden der Mitgliedsstaaten und die beteiligten Administrationen und Branchen zu einem energischen Vorgehen gegen Spam, Spy- und Malware aufrief.

Die Europäische Union hat einen EU-weiten volkswirtschaftlichen Schaden durch Spam-Mails von 2,5 Milliarden Euro errechnet. Der Hauptteil der Kosten entfällt auf die Empfänger und Provider, nämlich für das oft zeitintensive Herunterladen der Emails und den dafür benötigten Speicherplatz. Selbst wenn nur wenige Empfänger durch Bestellungen auf eine Serienmail reagieren, wird die Gewinnspanne des Spammers oder seines Auftragsgebers enorm in die Höhe

getrieben. „Spamming hat sich als erfolgreiches Geschäftsmodell etabliert“, erläuterte Sven Karge, Leiter der Initiative Anti-Spam beim Verband der deutschen Internetwirtschaft Eco.

91 Prozent aller E-mails sind Spam. Der Kampf gegen Spam wird zur Zeit in Deutschland als so gut wie aussichtslos beurteilt. Das musste im Jahr 2006 auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen eingestehen. 2,3 Millionen Beschwerden waren unter beschwerdestelle@spam.vzbv.de bis Ende November 2006 eingegangen. Das waren rund 6.300 Emails am Tag. 85 Prozent davon waren internationale Spam-Emails. Das heißt, der Versender der Spam kam nicht aus Deutschland, er kam aus dem Ausland. Damit waren den deutschen Behörden die Hände bei der Verfolgung gebunden. Der Verband konnte in einem solchen Fall nichts anderes tun, als die Email an die jeweiligen nationalen Behörden weiterzuleiten – für die meisten Verbraucher eine Enttäuschung. Die „Beschwerdestelle Spam“ wurde eingestellt, weil damit falsche Erwartungen geweckt wurden und die Probleme nicht gelöst werden konnten. In Deutschland besteht allerdings das „Bündnis gegen Spam“ weiterhin (Bundesverband der Verbraucherzentralen, Internetwirtschaft, Wettbewerbszentrale sowie Bundesnetzagentur).

Zur Bekämpfung unerwünschter grenzüberschreitender elektronischer Nachrichten haben im Jahr 2005 13 europäische Fernmeldebehörden, darunter auch das österreichische Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie entsprechend dem Kom-Vorschlag (2004) einen Datenaustausch und die grenzüberschreitende Verfolgung diesbezüglicher Beschwerden vereinbart.

Technisch sind Spammer, Scammer und Phisher nicht zur Strecke zu bringen, vielmehr müssten Behörden und Strafverfolger mehr gegen den technologisch stets bestens gerüsteten „Untergrund-Wirtschaftszweig“ tun, erklärte Rob Thomas, Gründer der Sicherheitsforschergruppe Team Cymru. Es geht nicht um Technologie, es geht um Verbrechen und Verbrechensbekämpfung.

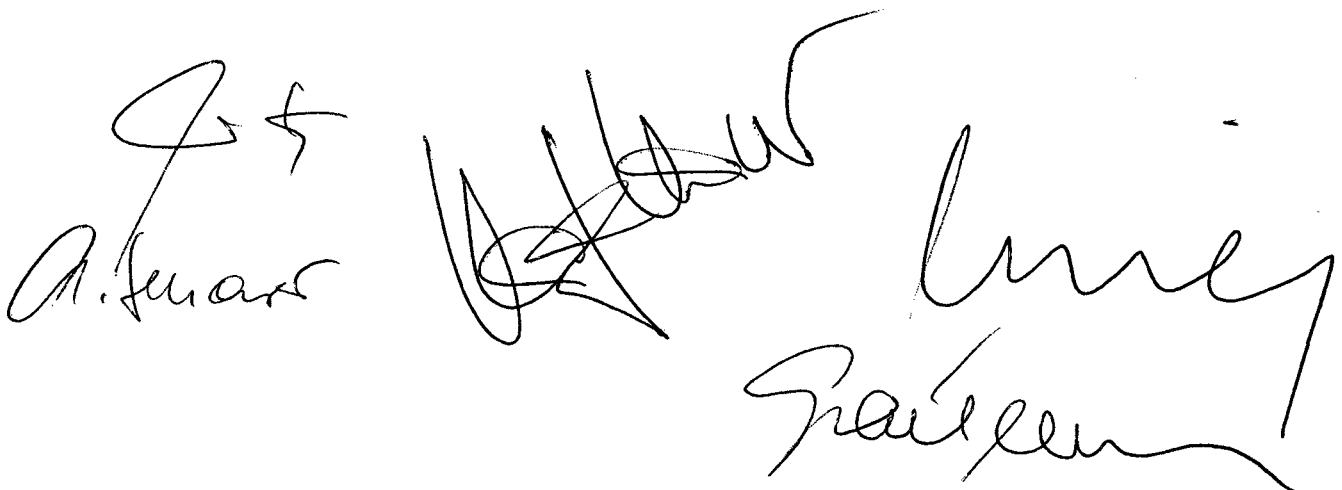
Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Wie viele Beschwerden über „Spam-Mails“ wurden 2005 und 2006 an das BMVIT herangetragen? Wie viele dieser Beschwerden betrafen Spam aus anderen Ländern (Aufschlüsselung auf Jahre und Länder)?

2. Wie vielen dieser Beschwerden wurde durch das BMVIT konkret nachgegangen und diese in Zusammenarbeit mit den Fernmeldebehörden anderer Länder grenzüberschreitend verfolgt (Aufschlüsselung auf Jahre und Länder bzw. Fernmeldebehörden)?
3. Welche konkreten Ergebnisse liegen dazu vor? Welche behördlichen Maßnahmen wurden durch die zuständigen Fernmeldebehörden jeweils ergriffen? In welchen Fällen andere zuständige Behörden verständigt? Wie viele Anzeigen wurden durch die österreichische Fernmeldebehörde erstattet (Aufschlüsselung jeweils auf Jahre)?
4. Haben sich der vereinbarte Datenaustausch und die grenzüberschreitende Verfolgung diesbezüglicher Beschwerden aus Sicht des BMVIT bewährt? Wie funktionierte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Behörden anderer EU-Mitgliedsstaaten?
5. Wenn ja, welche Erfolge wurden konkret gemeinsam mit diesen anderen Fernmeldebehörden erreicht (Ersuche um Darstellung der Erfolge nach Jahren)?
6. Was ergab eine inhaltliche Analyse dieser Spam-Mails? Welche Produkte und Dienstleistungen werden und wurden mit diesen Spam-Mails angeboten? Wie viele waren Onlinewett- und Glückspielangebote?
7. Welche Länder betrafen diese Spam-Beschwerden bzw. wie viele waren internationale Spam-Email (d. Emails aus anderen Ländern)?
8. Wie und unter welchen Voraussetzungen können Spammer (Spamversender) zur Zeit in Österreich rechtlich verfolgt werden? Halten Sie die Sanktionen für ausreichend?
9. Sehen Sie zur Bekämpfung von Spam-Mails einen legislativen Handlungsbedarf in Österreich? Wenn ja, worin liegt dieser?
10. Sehen Sie zur Bekämpfung von Spam-Mails einen legislativen Handlungsbedarf in der EU? Wenn ja, worin liegt dieser?

11. In welchen Mitgliedsstaaten der EU ist Spamming mit Verwaltungsstrafen oder Pönalen bedroht? Welche konkreten Sanktionen gibt es (Aufschlüsselung der Staaten und der jeweiligen Sanktionen)?
12. In welchen Mitgliedsstaaten der EU ist Spamming mit gerichtlichen Strafen bedroht? Welche konkreten Sanktionen gibt es (Aufschlüsselung der Staaten und der jeweiligen Sanktionen)?
13. In welchen Mitgliedsstaaten der EU können auch die Unternehmen, die durch die Spam-Mails letztendlich wirtschaftlich profitieren (Werbung, Verkauf etc.) rechtlich zur Verantwortung gezogen werden? Welche Sanktionen sind jeweils vorgesehen?
14. Was empfehlen Sie aktuell Internet-UserInnen in Österreich zur Spamabwehr? Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden?
15. Wie hoch schätzen Sie den volkswirtschaftlichen Schaden durch Spam-Mails für Österreich?
16. Teilen auch Sie die Auffassung, dass es sich bei Spamming um einen „Untergrundwirtschaftszweig“ handelt und es dabei um „Verbrechen und Verbrechensbekämpfung“ geht? Wenn nein, warum nicht?
17. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie vorschlagen, um das Spam-Aufkommen in Österreich zu senken?
18. In welcher Form werden Sie der Aufforderung der EU-Kommission nachkommen, energisch gegen Spam, Spy- und Malware vorzugehen? Welche Maßnahmen werden für 2007 geplant?



A. Juras

Grafen